

Armin Bernhard

## **Menschenrecht auf Bildung oder Biopiraterie? – Über die Verletzung des grundlegenden Rechts auf Bildung<sup>1</sup>**

In der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* der UN (1948), Artikel 26, heißt es – in der deutschen Übersetzung – u. a.: 1. „Jeder hat das Recht auf Bildung.“ 2. „Die Bildung muß auf die volle Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit und auf die Stärkung der Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten gerichtet sein“. Das Menschenrecht auf Bildung ist ein Recht im Kanon der Menschenrechtsbildung, das diese zugleich übergreift, da nur das Menschenrecht auf Bildung Menschenrechtsbildung zu begründen vermag. Erst wenn das Menschenrecht auf Bildung verwirklicht ist, ist Menschenrechtsbildung als Bildung über Menschenrechte überhaupt erst möglich. Das Menschenrecht auf Bildung ist somit Gegenstand wie zugleich Grundbedingung der Menschenrechtsbildung.

### 1. Ausgangsthesen

Den wohlmeinenden Forderungen steht eine gesellschaftliche Wirklichkeit entgegen, deren ökonomische Verfasstheit mit diesem Menschenrecht tagtäglich kollidiert. Drei Thesen liegen den folgenden Ausführungen einer Konfrontierung des Ideals eines Menschenrechts auf Bildung mit den gesellschaftlichen Realisierungsbedingungen von Bildung zugrunde. 1. Das Menschenrecht auf Bildung setzt eine solidarische Gesellschaft voraus, in der „die Verwirklichung des Allgemeinen in der Versöhnung der Differenzen“ bereits angebahnt wurde, eine Gesellschaft, in der alle Menschen „ohne Angst verschieden sein“ dürfen (Adorno, 1951, S. 130 f.). Dieses Menschenrecht wird von einem entfesselten globalen Kapitalismus, der sich alles einverleibt, aus strukturellen Gründen permanent verletzt. 2. Die Forderung nach dem Menschenrecht auf Bildung und Menschenrechtsbildung ist, weil das Bildungsverständnis nicht geklärt wird,

---

<sup>1</sup> Der Text basiert auf zwei Vorträgen an der Hochschule Koblenz (2018) und der Pädagogischen Hochschule Wien (2019). In einer leicht veränderten Fassung wird er in dem Buch „Extension of Human Rights to Education (2020; Editors: Zeynal Korkmaz/Michael Winkler/Eric Mührel) im Rahmen der Initiative „Erweiterung des Menschenrechts auf Bildung“ erscheinen.

ambivalent – sie kann für die Herrschaftssicherung, ja selbst für Kriege die Legitimationsgrundlage bieten.<sup>2</sup> Menschenrechtsbildung scheint sehr gut parteiisch im Interesse der gesellschaftlichen ‚Eliten‘ der so genannten westlichen Welt nutzbar gemacht werden zu können. 3. Unter den gegebenen Bedingungen droht die Forderung nach dem Menschenrecht auf Bildung zur Ideologie zu werden, zur Schmuckfassade einer Gesellschaft, die ihre gesellschaftlichen Herrschaftsinteressen durch Deklamation des Menschenrechts auf Bildung systematisch verschleiert, während sie alle fünf Sekunden ein Kind verhungern lässt.

Der Analyse vorausschicken möchte ich ein Zitat: „Gleiche Exploitation der Arbeitskraft ist das erste Menschenrecht des Kapitals.“ So formulierte es Karl Marx in seiner Kritik der Politischen Ökonomie von 1867 (MEW 23, S. 309). In Analogie zum Thema unserer Tagung kann man den ironischen Satz von Marx mit der Formulierung eines weiteren Menschenrechts fortsetzen, etwa folgendermaßen: „Allgemeine Herstellung der Arbeitskraft (also Bildung) ist das zweite Menschenrecht des Kapitals.“ Bildungsverständnis und Bildungspraxis unterliegen den Zwängen gesellschaftlicher Produktion und Reproduktion und den Herrschaftsverhältnissen, die ihnen entsprechen. Herrschaft und die ihr zugeordnete Regierung bestimmen das hegemoniale Bildungsverständnis, das, was unter Bildung verstanden werden soll. Sie definieren, was Bildung ist und bestimmen von ihren konkreten Interessen her den Umfang, die Qualität und den Zuschnitt von Bildungsleistungen. Bildung ist wegen ihrer stetig wachsenden Bedeutung für die technologische Entwicklung ein mächtiges Instrument zur Durchsetzung gesellschaftlicher Herrschaftsinteressen, damit ein herrschaftsförmiger Prozess. Diese vielleicht ernüchternden Aussagen scheinen mir notwendig angesichts der gemeinhin positiven Konnotationen, die beim Wort Bildung mitschwingen, auch und gerade beim Thema „Menschenrecht auf Bildung“. Denn auch das Menschenrecht auf Bildung ist vor Missbrauch nicht gefeit ebenso wie die Kategorie der Bildsamkeit, die die Möglichkeit von Bildung, damit auch des Menschenrechts auf Bildung, allererst begründet. Theorie und Praxis der Verwirklichung des Menschenrechts auf Bildung wie

---

<sup>2</sup> Zu nennen sind etwa die militärischen Interventionen in Jugoslawien (1999), Afghanistan (2001), Irak (2003), Libyen (2011).

der Menschenrechtsbildung müssen ihre konkreten gesellschaftlichen Bedingungen wie die Möglichkeit ihrer Instrumentalisierbarkeit zu einem konstitutiven Moment ihres Reflexionshorizontes machen, soll einer naiven philanthropischen Haltung vorgebeugt werden, die sich unwissentlich in den Dienst gesellschaftlicher Partikularinteressen stellen lässt.

## 2. Zum gesellschaftlichen Hintergrund neoliberaler Bildungsplanungen

Die gesellschaftlich-politischen Bedingungen der Bildung sollen im Folgenden am Beispiel illegitimer Eingriffe in das deutsche Bildungswesen demonstriert werden. Diesbezüglich kann von einer sich mit dem Etikett der Modernität versehenen Invasion der imperialen neoliberalen Doktrin in die Gestaltung des Bildungswesens gesprochen werden, die in Wirklichkeit als gesellschaftlich rückwärtsgewandt bezeichnet werden muss. Pierre Bourdieu bezeichnete den Neoliberalismus als eine „neue konservative Revolution“ (1998, S. 67), maskiert dieser doch hinter seinem fortschrittlichen Nimbus eine restaurative Bewegung. Sowohl auf der personellen wie auf der ideologischen sowie der Ebene der gesellschaftlichen Auswirkungen sind überdeutlich Affinitäten neoliberaler Positionen zum Rechtspopulismus und Rechtsextremismus zu erkennen<sup>3</sup>, ist die „anti-zivilisatorische Implikation des Neoliberalismus“ (Borst, 2009, S. 62) unverkennbar, auch wenn die ihn tragenden Organisationen sich gerne als Alternative zur gesellschaftlichen Rechtsentwicklung präsentieren. Manche charakterisieren die Entwicklungen, die durch den so genannten Bologna-Prozess und die internationalen Leistungsvergleichsstudien in den Ausbildungssektoren in Gang gesetzt wurden, als „neoliberale Konterrevolution“ (Krautz, 2018, S. 82) oder gar als „postdemokratischen

---

<sup>3</sup> Die Restauration der gesellschaftlichen Verhältnisse wird nicht mehr mit einer Blut- und Bodenideologie begründet, sondern schmückt sich mit den Insignien des Fortschritts, der Rationalität und der Modernität. Dabei gibt es zwischen Neoliberalismus und Rechtspopulismus bzw. Rechtsextremismus deutliche Berührungspunkte: a) beide gehen von der Ungleichartigkeit der Menschen aus; b) beide glorifizieren die Höchstleistungen von Menschen; c) beide verherrlichen den Konkurrenzkampf, in dem die Leistungsschwächeren notwendig die Verlierer sein müssen (vgl. Butterwegge, 2018, S. 48-52). Alice Weidel, Beatrix von Storch und Peter Böhlinger (AfD) sind Mitglieder der August von Hayek-Gesellschaft. Zu erinnern ist auch daran, dass Hans-Olaf Henkel, ehemals Präsident des Arbeitgeberbandes BDI, zu den Gründungsmitgliedern der AfD gehörte, zeitweise auch ihr Sprecher war (2014/2015).

Putsch“ (Burchardt).<sup>4</sup> Diese harschen Etikettierungen erfolgen nicht zu Unrecht, greifen hier doch demokratisch nicht legitimierte, supranationale und nationale Organisationen über Think Tanks in die Gestaltungsaufgaben souveräner Gesellschaften ein und versuchen in massiver Weise, deren Geschicke im privatkapitalistischen Interesse zu beeinflussen.

Um die illegitimen Eingriffe in das deutsche Bildungswesen einordnen zu können, muss zunächst auf eine Entwicklungstendenz bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften aufmerksam gemacht werden, die der ungarische Wirtschaftshistoriker Polanyi herausgearbeitet hat. In seinen wirtschaftshistorischen Studien zeichnet er nach, wie in kapitalistischen Gesellschaften die Ökonomie nicht mehr der Gesellschaft und ihrer Lebensweise untergeordnet wird, sondern dass allmählich eine *strukturelle Umkehrung* dieses Verhältnisses stattfindet, in deren Folge die Gesellschaft zunehmend von der Wirtschaft in Regie genommen wird. Die von Polanyi beschriebene Tendenz besteht in der Ausgliederung des Marktes aus dem Kontrollgebiet der Gesellschaft, in deren Folge nicht mehr die Gesellschaft die Lebens- und Wirtschaftsweise, bestimmt, sondern in merkwürdiger Verdrehung die Erfordernisse der Wirtschaft immer massiver die Lebensweise der Gesellschaft diktieren. Die „menschliche Gesellschaft“ wird zunehmend zum „Beiwerk des Wirtschaftssystems“ degradiert (Polanyi, 1978, S. 111). In Fortschreibung dieser Tendenz haben wir es gegenwärtig mit einer Unterordnung sämtlicher Lebensverhältnisse unter die Direktiven des Marktes zu tun, in deren Folge jede natürliche und jede menschliche „Substanz der Gesellschaft“ allmählich in Waren „transformiert“ wird (ebd., S. 70), ein in der kapitalistischen Produktionsweise begründeter Mechanismus, der im Anschluss an Polanyi als Kommodifizierung bezeichnet zu werden pflegt. Der Kapitalismus ist gerade dabei zu zerstören, was doch für seine Existenz erforderlich ist: die bürgerliche Gesellschaft, ihre Institutionen, ihre Werte, ihre Umgangs- und Kommunikationsformen und ihre Ideale, zu denen die Menschenrechtsbildung wie das Menschenrecht auf Bildung gehört. Auch Bildung wird in wachsendem Maße als probates Mittel aufgefasst, über die der Mensch in eine

---

<sup>4</sup> Die Formulierung wird von Matthias Burchardt verwendet und findet sich auf einer Ankündigung seines Vortrages für eine von dem Förderverein des Kulturbüros der Stadt Krefeld in Kooperation mit dem Kulturbüro der Stadt Krefeld veranstalteten Tagung (21. 6. 2018).

Warenform transformiert werden kann. Momentan haben wir es mit einem groß angelegten Versuch der Kommodifizierung von Bildung zu tun, einem Versuch also der Transformation von Bildung in eine käufliche und verkäufliche Ware.

Mit dem Neoliberalismus sind wir dieser negativen Utopie einen großen Schritt näher gekommen. Bekanntermaßen teilt der Neoliberalismus nicht mehr den totalen Marktoptimismus. Dieser ist widerlegt durch Handelskriege, Wirtschaftskrisen, wirtschaftliche Stagnation, fallende Profitraten, gewaltige soziale Verwerfungen, Phänomene, die regelmäßig innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise auftreten. Weil der Markt allein, von sich aus, nicht in der Lage ist, sich selbst zu regulieren und die Profitmaximierung der Konzerne zu garantieren, sind staatliche Eingriffe erforderlich. Diese zielen auf die Schaffung bzw. Wiederherstellung gesellschaftlicher Rahmenbedingungen, unter denen die Profitrealisierung optimiert werden kann. Der Staat soll allerdings nicht mehr verantwortlich sein für die Organisation der öffentlichen Daseinsvorsorge, nicht mehr für die Bereitstellung der Infrastruktur für Gesundheit, Kommunikation, Verkehr, Soziales, Bildung. Diese gesellschaftlich unterhaltenen Bereiche sollen dem privaten Kapital zum Zwecke der Profitmaximierung zugeführt werden. Insofern ist die gigantische Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben, die wir in den letzten Jahrzehnten in allen westlichen kapitalistischen Ländern beobachten können, augenfälliges Merkmal neoliberaler Wirtschaftsweise.

Die Geburtsstunde des bereits in den 1930er Jahren entwickelten Neoliberalismus schlug, als in den 1970er Jahren die Krise des fordistisch geprägten Kapitalismus symptomatisch in sinkendem Wirtschaftswachstum und fallenden Profitraten offensichtlich wurde. Es ist sicherlich kein Zufall, dass Friedrich August von Hayek und Milton Friedman, die exponierten Vertreter des Neoliberalismus, ausgerechnet in diesem historischen Zeitraum (1974 und 1976) den Wirtschaftsnobelpreis zuerkannt bekamen. Die Ursachen für die Krise des Fordismus lokalisierte der Neoliberalismus selbstverständlich nicht in der kapitalistischen Produktions- und Verwertungslogik und dem ihr immanenten Krisenpotenzial, vielmehr machte er andere Faktoren dafür verantwortlich, etwa den Klassenkompromiss zwischen Kapital und Arbeit, die Vollbeschäftigungspolitik, den Ausbau des Wohlfahrts- und Sozialstaates sowie

egulierte bzw. demokratisierte Arbeitsverhältnisse mit relativ hohen Löhnen. Die Zerstörung der innergesellschaftlichen Nachkriegsordnung, die genau auf jenen Pfeilern beruhte, war und ist das erklärte Ziel des Neoliberalismus, um Bedingungen für eine Entfesselung der Marktkräfte und die Profitrealisierung zu schaffen. Dabei setzt er auf verschiedene Strategien, die dieser Entfesselung zum Durchbruch verhelfen sollen, und die uns allen angesichts des propagandistischen Dauerfeuers der Kulturindustrie als notorische Formeln vertraut sind: Liberalisierung von Handel, Deregulierung der Finanzmärkte, Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge, Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse und der Menschen, die diese Arbeit verrichten („lebenslanges Lernen“) und Erschließung neuer Märkte durch Freihandelsabkommen – diese Strategien machen den neoliberalen Giftmix aus. Privatisierung heißt das Zauberwort, das in sämtlichen öffentlichen Debatten zirkuliert, ein Wort, dessen Semantik unverhohlen auf das ihm zugrundeliegende Interesse verweist. Der real umgesetzte Neoliberalismus ist ein „Raubzug“ gigantischen Ausmaßes (Mertens, 2013).<sup>5</sup>

Die Europäische Gemeinschaft (zunächst Europäische Wirtschaftsgemeinschaft EWG, dann Europäische Gemeinschaft EG, ab 1992 Europäische Union EU) begann Mitte der 1970er Jahre, die staatsinterventionistische Wirtschaftsweise aufzugeben und auf neoliberale Maximen umzustellen (vgl. Stapelfeldt, 2010, S. 282 ff.). In der Konsequenz hieß dies: Subsumtion sämtlicher Bereiche der Gesellschaft unter das Prinzip des Wettbewerbs, d. h. es ging um die „wettbewerbskonforme Reorganisation“ wirtschaftlich relevanter Sektoren der Gesellschaft (ebd., S. 285; S. 287), damit auch der Bildung, um, so die zentrale Aussage im Gründungsdokument der EU, den „freie(n) Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital“ zu garantieren. Dieses Ziel konnte nur erreicht werden, wenn staatliche Regulierungen abgeschafft und die gesellschaftlichen Verhältnisse konsequent marktgängig organisiert wurden – Deregulierung hieß und heißt das Zauberwort der neoliberalen Umgestaltung der Gesellschaft. Großprojekte wie die so genannte Bologna-Reform oder die PISA-Studien sind Meilensteine dieser neoliberalen Globalstrategie. Motor des so genannten Bologna-Prozesses ist der *European Roundtable of Industrialists*, ein Zusammenschluss

---

<sup>5</sup> Der belgische Soziologe Peter Mertens hat dies eindrücklich an der Europäischen Union aufgewiesen (vgl. Mertens, 2013).

transnationalen Konzerne, der für den Abbau sämtlicher staatlicher Regulierungen und den Ausbau der europäischen Wettbewerbsfähigkeit eintritt.<sup>6</sup> Dieser in Belgien als gemeinnütziger Verein eingetragene Zusammenschluss von Großindustriellen bestimmt maßgeblich die grundlegenden Entscheidungen innerhalb der Europäischen Union. Die Bologna-Reform ist von diesen wirtschaftlichen Interessen an der Sicherung der zukünftigen „Wettbewerbsfähigkeit“ der EU geleitet. Als „Harmonisierung des europäischen Hochschulraums“ verkauft, steht sie in der neoliberalen Perspektive der Anstachelung des ökonomischen Wettbewerbs und der Standortkonkurrenz. Der rote Faden einer neoliberal gesteuerten Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit der EU zieht sich von der Sorbonne-Erklärung über die Einleitung des so genannten Bologna-Prozesses bis hin zur Lissabon-Strategie, in der das imperiale Ziel festgelegt wird, die EU zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt“ zu machen, fortgeschrieben im Wirtschaftsprogramm der EU „Europa 2020“.<sup>7</sup> Die Attraktivität des Konzepts des *lebenslangen Lernens* ist in dieser imperialen Strategie begründet, ist doch die optimale Nutzung der „Humanressourcen“ für die Realisierung dieses Ziels die unabdingbare Voraussetzung (siehe: Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2000, insbesondere S. 14 f.).

### 3. Bildung als Angriffsobjekt des Neoliberalismus

Das neoliberale Projekt kann Bildung selbstverständlich nicht aussparen, ist sie doch ein grundlegender Bestandteil gesellschaftlicher Produktivkraftentwicklung in einem technologisch hochentwickelten Kapitalismus. Wir stehen geradezu inmitten eines Bildungsregimewechsels. In der bestehenden Gesellschaft wächst der gesellschaftliche Druck auf Bildung, in effizienterem Maße und in immer schnelleren Zyklen die gewünschten Subjekteigenschaften hervorzubringen. Ideologischer Türöffner für den illegitimen Einfluss auf das Bildungswesen ist die Forderung nach mehr ‚Autonomie‘ der Schulen und Hochschulen, will heißen: ihre Herauslösung aus der „ineffizienten“ bürokratischen Bevormundung durch den Staat zugunsten einer wachsenden wirtschaftlichen Abhängigkeit

---

<sup>6</sup> Vertreten sind Firmen wie Volvo, Bayer, Siemens, Philipps, Nestlé, Fiat, Vodafone, Telecom, Shell etc. etc.. Siehe hierzu Krautz, 2018. Der Verein pflegt herausragende Kontakte zur Europäischen Kommission und zum Europaparlament (näheres siehe: Roth, 2016).

<sup>7</sup> Nachzulesen unter folgender Internetadresse: [http://www.europarl.europa.eu/summits/lis1\\_de.htm](http://www.europarl.europa.eu/summits/lis1_de.htm).

von Großkonzernen. Nicht nur ist von der Politik privatem Kapital der Zugang zur Sanierung und Wartung von Schulgebäuden ermöglicht worden. Über Politikberatung bestimmen Großkonzerne die Richtlinien der Bildungspolitik und entwickeln eigene Unterrichtsmaterialien für die Kitas und für die Schulen. Während die staatlichen Schulen finanziell ausgetrocknet werden, boomt das Privatschulwesen – trotz des grundgesetzlich verbürgten „Sonderungsverbot<sup>8</sup>“. Beschönigend wird die Privatisierung als Verwirklichung des Autonomieanspruchs verkauft, als Herauslösung aus staatlicher Bevormundung, als Entbürokratisierung des Lernens, als Abbau von Überregulierung – so ein weiteres Lieblingswort der neoliberalen Bildungsreform. Wo die Schutzschicht der öffentlichen Schule gegenüber den Zugriffen der Wirtschaft aufgelöst wird, winkt die Marktförmigkeit von Bildung, die Auslieferung von Bildung an profitorientierte Unternehmen. Die „Transformation“ der menschlichen Subjektvermögen in Waren erfasst mittlerweile sämtliche Dimensionen des gesellschaftlichen Lebens, sie ergreift letztlich auch die menschliche Natur nicht nur mit Blick auf ihr Arbeitsvermögen, sondern auch mit Blick auf den Prozess der Herstellung dieses Arbeitsvermögens selbst. Die „schränkenlose Verfügungsmöglichkeit“ des Kapitals über die menschliche Arbeitskraft, so Rosa Luxemburg (1990, S. 310), wird noch einmal ausgedehnt, nämlich auf den Prozess ihrer eigenen Generierung. Zu erinnern sei noch einmal an die eingangs vorgenommene Erweiterung der Aussage von Marx: *Allgemeine Herstellung der Arbeitskraft (also Bildung) ist das zweite Menschenrecht des Kapitals*. Verdient wird nicht mehr „nur“ an der Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft, verdient wird bereits an der Planung und Organisation ihrer „Bildung“. Mit dem wachsenden Zugriff privater Akteure auf das Bildungs- und Hochschulwesen verschafft sich das Kapital neben dem wirtschaftlichen Profit darüber hinaus die einzigartige Möglichkeit, nicht nur die Weltanschauungen der Menschen in seinem Sinne zu beeinflussen, sondern auch die Bedürfnisstrukturen künftiger Konsumentinnen und Konsumenten frühzeitig zu modellieren.

Kein Sektor, der für die Herstellung oder den Erhalt des benötigten gesellschaftlichen Arbeitsvermögens und die lebenslänglich zu erhaltende Employability potenziell in

---

<sup>8</sup> Ein Kriterium der Genehmigungserteilung von Privatschulen ist nach dem Grundgesetz erfüllt, wenn „eine Sondersung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird.“



Frage kommt, bleibt von diesem Sog unberührt. Die Indizien sind überwältigend: Elite- und Hochbegabtenförderung, frühkindliche ‚Bildung‘ (statt Erziehung), Einführung von Bildungsstandards schon im Kindergarten, Verkürzung von Schulzeiten, Turbo-Abitur, frühere Einschulung, Überspringen von Klassen, Modularisierung und Bachelorisierung von Ausbildungsgängen, ein Studium Bolognese, das nicht einmal Mindeststandards der Ausbildung, geschweige denn Bildung gewährleisten kann. Und im Hochschulbereich kursiert das von der Bertelsmann-Tochter *Centrum für Hochschulentwicklung* (CHE) entwickelte und in Zirkulation gebrachte Ideal der „entfesselten Hochschule“, das die Hochschulen gegeneinander in Stellung bringt: durch intransparente Drittmittelforschung, so genannte Exzellenzinitiativen, leistungsorientierte Mittelvergabe (LOM), zahllose Evaluationen und Ranking-Verfahren sowie Leistungs- und Zielvereinbarungen – alles nach dem Prinzip: *Konkurrenz belebt das Geschäft*. Demokratisch nicht legitimierte, private Akkreditierungsagenturen (vgl. Kamm, 2014)<sup>9</sup> entscheiden mit ihrer Zertifizierung über die Zulassung, die Relevanz, die Qualität und damit die Ausrichtung universitärer Studiengänge, die doch eigentlich dem Allgemeinwohl verpflichtet sein müssten. Hinzu kommen die internationalen Leistungsvergleichsstudien. Sie sind ein wichtiges Instrument der neoliberalen Umgestaltung des Bildungsbereichs. Schon die Sprache ist hier verräterisch, bezeichnen die Organisatoren der PISA-Studien den Zusammenschluss der an dem Projekt beteiligten Unternehmen doch als *Bildungskonsortium*. Der wissenschaftliche Leistungsvergleich, seit den kulturindustriell gepuschten PISA-Studien hoffähig gemacht, dient einzig und allein zur Anstachelung der Konkurrenz: zum Wettkampf um die effizienteste Herstellung profitabel verwertbaren Arbeitsvermögens. Im Benchmarking wird der Vergleich, einst das wissenschaftliche Mittel komparatistischer erziehungswissenschaftlicher Untersuchungen, zum Instrument des Wettkampfs pervertiert. Wie unter den Bedingungen wachsender Wettbewerbsverhältnisse und der ihnen immanenten Verrohungstendenzen in der Schule eine Erziehung zu einer

---

<sup>9</sup> Akkreditierungsagenturen sollen sich durch „hohe Autonomie der Hochschulen von staatlichen Akteuren“ auszeichnen, sie sind „korporative Akteure“, die „dem Leitbild der unternehmerischen Universität entsprechen.“ (Kamm, 2014, S. 358)

„menschenrechtssensiblen und -fördernden Haltung“ (Kultusministerkonferenz, 2018)<sup>10</sup> möglich sein soll, bleibt eine unbeantwortete Frage. Bildung wird von einer öffentlichen Veranstaltung umdefiniert zu einem Geschäft im großen Maßstab. Nicht zuletzt soll im Rahmen von Freihandelsabkommen (z. B. TISA) die Privatisierung der Bildung durch Aufbau eines deregulierten internationalen Bildungsmarktes vorangetrieben werden.<sup>11</sup> Alle diese Tendenzen dokumentieren den Versuch einer umfassenden Einbindung von Bildung in die ökonomische Logik neoliberaler Politik, eine strukturelle Ausbettung der Bildung aus dem demokratischen Kontrollgebiet der Gesellschaft.

#### 4. Strategien der Durchsetzung neoliberaler Bildungspolitik

Die Strategien der neoliberalen Bildungspolitik zielen auf die Einebnung, die Nivellierung spezifischer Kulturen und Lebensweisen zum Zwecke der Implementierung ökonomistischer Denk- und Handlungsweisen. Um das ökonomistische Bildungsverständnis als Motor wirtschaftlich-technologischen Fortschritts durchzusetzen, müssen nationale und regionale Kultur- und Bildungstraditionen nivelliert werden. Was die westlichen Gesellschaften Staaten mit sozialistischer Prägung einst vorwarfen, wird von ihnen nun selbst praktiziert: Gleichmacherei, Standardisierung, Zerstörung von Diversität. Ein Zitat aus der Frühgeschichte der 1961 aus der OEEC gegründeten OECD kann dieses unterfangen, damals bezogen auf die so genannten Entwicklungsländer, belegen<sup>12</sup>:

„In der Schule soll jener Grundsatz von Einstellungen, von Wünschen und von Erwartungen geschaffen werden, der eine Nation dazu bringt, sich um den Fortschritt zu bemühen, wirtschaftlich zu denken und zu handeln. Das bedeutet nicht weniger, als daß Millionen Menschen von einer Lebensweise losgerissen werden sollen, die seit Jahrhunderten und Jahrtausenden das Lebensmilieu ausmachte. Alles, was bisher an Schule und in der Erziehung in diesen Ländern geleistet wurde, verfolgte soziale und religiöse Ziele, die vorwiegend (...) Resignation und spirituelle Tröstung gewährten; Dinge, die jedem wirtschaftlichen

---

<sup>10</sup> „Es ist eine Aufgabe der Schule, zu einer menschenrechtssensiblen und -fördernden Haltung zu erziehen, das erforderliche Wissen und geeignete Urteils-, Handlungs- und Gestaltungskompetenzen zu vermitteln sowie zu offenem und aktivem Engagement zu ermutigen.“ (Kultusministerkonferenz, 2018, S. 3)

<sup>11</sup> TISA: Trade in Services Agreement; seit 2012 verhandeltes Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen. Handelshemmnisse im Dienstleistungsbereich (Gesundheitsversorgung, Wasserversorgung, Energieversorgung und Bildung) sollen beseitigt werden.

<sup>12</sup> Die Kenntnis dieser Passage verdanke ich den Forschungen von Jochen Krautz zur Kommodifizierung der Bildung.

Fortschrittsdenken glatt zuwiderlaufen. Diese jahrhundertealten Einstellungen zu verändern, ist vielleicht die schwerste, aber auch die vordringlichste Aufgabe der Erziehung“ (Kulturkommission des Europarates, 1966, S. 38).

Was für die so genannten Entwicklungsländer formuliert wurde, gilt offensichtlich auch für die Mitgliedsstaaten der OECD. Sämtliche Traditionen, Spezifika, Eigentümlichkeiten der Kultur unterschiedlicher Länder sollen demzufolge eingeebnet und in standardisierter Form wirtschaftlichen Erfordernissen untergeordnet werden – ein gewaltsamer Vorgang der Loslösung der Menschen von den Grundlagen der eigenen Lebensweise und Kultur. Denn was einzig zählt ist ihr Tauschwert, ihre Umsetzbarkeit in ökonomisches Kapital. Das beste Beispiel hierfür sind die von der OECD in Auftrag gegebenen PISA-Studien. Man vergegenwärtige sich den gesellschaftlichen Skandal: Eine internationale Wirtschaftsorganisation, von niemandem gewählt, durch keinen demokratischen Souverän legitimiert, maßt sich an, normativ ein Bildungsverständnis zur verbindlichen Richtschnur für alle beteiligten Länder zu setzen. Die zweite Ebene des Skandals besteht in dem Umstand, dass die politisch Verantwortlichen nicht die Legitimationsfrage stellen, sondern ihre Bildungssysteme einem Netzwerk profitorientierter Unternehmen für ein gigantisches illegitimes Experiment öffnen.<sup>13</sup> Zugleich – die dritte Ebene des Skandals – fällt der Auftrag zur Entwicklung der Testaufgaben und ihrer Auswertung noch dazu an ein international sich zusammensetzenden Konsortium der Testindustrie (vgl. hierzu Münch, 2018, S. 80 ff.)<sup>14</sup>, das mit seinen Testformaten unter Umgehung aller spezifischen Eigenheiten gesellschaftlicher Lebensweisen seinerseits das Bildungsverständnis bestimmt. Mit PISA wird den beteiligten Gesellschaften ein Bildungsverständnis aufgeherrscht, das die in diversen Gesellschaftskulturen jeweils geltenden Bildungsverständnisse und Curricula zu unterlaufen droht (vgl. Krautz, 2009, S. 16). Ein Regime permanenter Observation, maskiert als Monitoring und Evaluierung des Lernens, soll den Erfolg dieser Politik garantieren, auch wenn der neoliberale Steuerungsfetischismus pädagogisch längst widerlegt ist. Die in Lehrplänen verankerten Bildungsgehalte des kulturellen Erbes und

---

<sup>13</sup> Zu den theoretischen Grundlagen der PISA-Studien und ihrer Kritik vgl. Dammer, 2015, S. 107-187.

<sup>14</sup> Der Koordinator der PISA-Studien, Andreas Schleicher, steht in enger Verbindung zu demjenigen Konzern, der mit der Konzeption der PISA-Testaufgaben beauftragt ist, nämlich *Pearson* (vgl. Münch, 2018, ebd.; vgl. auch Pearson 2012, S. 5).

der Lebensweise einer Gesellschaft werden außer Kraft gesetzt und durch ein formales, ökonomistisch verkürztes Bildungsverständnis substituiert. Die Menschen werden dadurch in der Tat „von ihrer Lebensweise losgerissen“, sie werden aber noch dazu der Möglichkeit beraubt, die Geschichte der eigenen Gesellschaft und damit das eigene Denken und Handeln zu begreifen – ein kultureller Enteignungsprozess par excellence.

Ein jüngeres Beispiel aus dem Zentrum der OECD kann exemplarisch verdeutlichen, wie über Regierungsstrategien gesellschaftliche Herrschaftsinteressen im Bereich der Bildung durchgesetzt werden können – unter Umgehung des Volkswillens:

„To reduce the fiscal deficit, very substantial cuts in public investment or the trimming of operating expenditure involve no political risk. If operating expenditure is trimmed, the quantity of service should not be reduced, even if the quality has to suffer. For example, operating credits for schools or universities may be reduced, but it would be dangerous to restrict the number of students. Families will react violently if children are refused admission, but not to a gradual reduction in the quality of the education given, and the school can progressively and for particular purposes obtain a contribution from the families, or eliminate a given activity. This should be done case by case, in one school but not in the neighbouring establishment, so that any general discontent of the population is avoided.” (Morrisson, 1996, S. 28)<sup>15</sup>

Ein weiterer Global Player, der mittels spezifischer Strategien die bildungs- und hochschulpolitischen Planungen in der BRD in massiver Weise bestimmt, ist die 1977 von Reinhard Mohn gegründete Bertelsmann Stiftung. Selbst aus strategischen Gründen an der Diskreditierung des öffentlichen Bildungswesens und an seiner Privatisierungsstrategie maßgeblich beteiligt, macht die Stiftung in der von ihr herausgegebenen Schrift „Die Kunst des Reformierens“ (2009) deutlich, wie illegitime Einflüsse auf ein demokratisches Gemeinwesen gesteigert und damit die Interessen der Konzerne durchgesetzt werden können. Diese Publikation „Die Kunst des Reformierens“ weckt nicht zufällig Erinnerungen an das 1928 erschienene Buch „Die Kunst der Public Relations“, mit dem Edward Bernays die moderne Propaganda begründete. Dieser Position zufolge ist Propaganda ein selbstverständliches Instrument der Meinungsbildung in demokratischen bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften. Sie stellt, so Bernays, „das stetige, konsequente Bemühen“ dar, „Ereignisse zu formen oder zu schaffen mit dem Zweck, die Haltung der Öffentlichkeit zu einem Unternehmen,

---

<sup>15</sup> Christian Morrisson war über einen längeren Zeitraum Abteilungsleiter des Development-Centers der OECD.

einer Idee oder einer Gruppe zu beeinflussen.“ (2017, S. 31) Bertelsmann macht sich diese Schrift zur Begründung moderner Propaganda zu eigen. Bedingung für eine erfolgreiche, über Medienkampagnen zu organisierende, kommunikative Durchsetzung gesellschaftlicher Herrschaftsinteressen ist „das effiziente Management der öffentlichen Meinung“, das auf genauer Kenntnis der Einstellungen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen beruht (Rüb/Alnor/Spohr, 2009, S. 32). Nicht nur in dieser Schrift arbeiten angeheuerte Intellektuelle den Konzerninteressen zu.<sup>16</sup> Autorin und Autoren fragen in der genannten Schrift, wie über „strategisches Politikmanagement“ ein „strategiefähiges Regieren“ möglich gemacht und „Reformen“ gegen den Willen der Bevölkerung durchgesetzt werden können. Ein paar Kostproben sollen diese strategischen Überlegungen verdeutlichen:

Reformen werden nach der von Bertelsmann ausgearbeiteten Regierungsstrategie begünstigt durch folgende Faktoren:

- „Die Erarbeitung eines Reformkerns in der ‚Agenda-Setting‘-Phase unter Reduktion der Beteiligung von Interessengruppen, um so sachorientiert und abgestützt durch Expertise eine Handlungsoption zu entwickeln“
- „Die Partizipation der Interessengruppen (und eventuell der politischen Opposition) in der Entscheidungsphase, weil dadurch das Wissen über das Politikfeld und die Legitimität der Reform gesteigert und umgekehrt Widerstände gemindert werden können. Hierfür ist das Design der Policy elementar, um bestimmte Interessen zu begünstigen bzw. zu benachteiligen und einen geschlossenen Widerstand zu verhindern.“
- „Die Erarbeitung eines kommunikativen ‚Frames‘, der glaubhaft die inhaltliche Dimension einer Reform repräsentiert und über die Medien oder eigenständige Kampagnen transportiert wird.“ (Ebd., S. 7)

Die vorangegangenen Ausführungen zeigen unmissverständlich an, dass es hier um eine systematische Täuschung ganzer Bevölkerungsgruppen geht, um bestimmte Partikularinteressen durchzusetzen. Noch eindeutiger werden die Vorschläge der Autoren, wenn es um die praktische Optimierung der Durchsetzungskraft neoliberaler Reformmaßnahmen geht: Um eine Reformstrategie durchsetzen zu können, muss zunächst eine Analyse möglicher Widerstände gegen das angestrebte Projekt

---

<sup>16</sup> Die Umwerbung von Intellektuellen an den Hochschulen gehört zu einer zentralen Strategie der Bertelsmann Stiftung, um ihren Aktivitäten wissenschaftliche Seriosität verleihen zu können. Eine Auflistung der in die Stiftung eingebundenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (z. B. aus der Politikwissenschaft und der Erziehungswissenschaft) könnte interessante Verbindungen aufzeigen.

durchgeführt werden. Dabei ist insbesondere die „Stärke potenziell reformfeindlicher Gruppen“ zu ermitteln (ebd., S. 51 f.). Bei einer zu breit angelegten Partizipation der Bevölkerung besteht die Gefahr der Blockierung von Reformvorhaben, wenn nämlich die beteiligten Akteure „über machtvolle Blockade- oder Vetopositionen verfügen“ (ebd., S. 37). Daher ist während des Prozesses der Entscheidung eine „selektive Partizipation“ vorzuziehen. Der selektive Partizipationsstil zeichnet sich dadurch aus, dass die Prinzipien der Inklusion und Exklusion von Akteuren „strategisch gehandhabt“ wird. Im Rahmen eines selektiven Partizipationsstils können auf diese Weise „Vetospiele in ihrer Kohärenz geschwächt, sozusagen ‚gesplittet‘, und die Protestfähigkeit bestimmter Interessengruppen gemindert werden.“ (Ebd., S. 41)

Fast unbemerkt von der Öffentlichkeit, jenseits einer demokratischen Willensbildung konnte mit diesen Maßnahmen der Soft Governance eine gigantische Umgestaltung des Bildungs- und Hochschulwesens eingeleitet werden. Nicht aus dem Diskurs einer demokratischen Zivilgesellschaft gingen die so genannten Reformen hervor, nicht aus einer basisdemokratischen Diskussionskultur, auch nicht aus parlamentarischen Debatten. Sie wurden vielmehr von privaten Akteuren eines sich neu sortierenden, gleichwohl anarchischen Kapitalismus auf die Agenda gesetzt und von der Politik von oben dekretiert.

Wie wurde und wird der illegitime Einfluss von Wirtschaftsorganisationen auf das Bildungswesens organisiert? Folgende Strategien sind in diesem spezifischen Zusammenhang besonders hervorzuheben:

Strategie 1: Einbindung der Bildungsfrage in das Agenda-Setting durch private Denkfabriken, durch die die Austeritätspolitik hinsichtlich des Bildungs- und Hochschulwesens (scheinheilig) skandalisiert und seine Angewiesenheit auf die Politikberatung privater Akteure suggeriert wird (marode Schulen, ausgebrannte Lehrer, veraltete Lehrmethoden, verkrustete bürokratische Strukturen, zu teure Sonderschulen, zu viel Regulierung);

Strategie 2: Systematische Beeinflussung des Willensbildungs- und Entscheidungsprozesses durch Stellungnahmen und die Veranstaltung von Kongressen

und Tagungen etwa durch die Bertelsmann Stiftung und die US-amerikanische Unternehmensberatung *McKinsey & Company* zu Themen wie „Zukunft der Bildung“, „frühkindliche Bildung“, „Inklusion“, „kulturelle Bildung“, „Menschenrechtsbildung“ etc. (vgl. auch Flitner, 2006);

Strategie 3: Aufbau einer Netzwerk- und Kooperationsstruktur zwischen Konzernen und staatlichen bildungspolitischen Einrichtungen (z. B. Kooperation zwischen der von Reinhard Mohn gegründeten Bertelsmann Tochtergesellschaft *Centrum für Hochschulentwicklung* (CHE) und der *Hochschulrektorenkonferenz* (HRK)<sup>17</sup>; *Initiativkreis Bildung der Bertelsmann Stiftung* unter Schirmherrschaft des Bundespräsidialamtes; *Hochschulforum Digitalisierung*, eine Kooperation von HRK, CHE und dem von Großindustriellen bereits 1920 gegründeten *Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft*; *Verein Forum Bildung und Digitalisierung*).

In dem Verein „Forum Bildung Digitalisierung“ engagieren sich derzeit sieben große deutsche Stiftungen: Deutsche Telekom Stiftung, Bertelsmann Stiftung, Dieter Schwarz Stiftung, Montag Stiftung Jugend und Gesellschaft, Robert Bosch Stiftung, Siemens Stiftung und Stiftung Mercator. Nach zweijähriger Projektphase wurde am 4. September 2017 der Verein Forum Bildung Digitalisierung e. V gegründet (<https://www.forumbd.de/der-verein>). Zum Hochschulforum Digitalisierung findet man interessante Informationen unter beigefügter Internetadresse (siehe: <https://hochschulforumdigitalisierung.de/de/wir/hochschulforum; Zugriff: 2. 11. 2018>). Der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, neben dem CHE ein Hauptakteur im Hochschulforum Digitalisierung, „orchestriert“, so wörtlich auf der Homepage des Forums, „den Diskurs zur Hochschulbildung im digitalen Zeitalter.“ Jörg Dräger, Leiter des CHE und Vorstandsmitglied der Bertelsmann Stiftung – wirbt eindringlich für die Digitalisierung des Lernens und die digitale Ausstattung der Hochschulen, seine Veröffentlichungen erscheinen wiederum bei Random-House GmbH, einem Zusammenschluss aller Buchverlage des Bertelsmann-Konzerns. Das Hochglanzmagazin der Bertelsmann Stiftung, *change*, bietet dem Chef des CHE die Plattform, in Sachen des Konzerns die Werbetrommel für die so genannte „digitale Bildung“ zu rühren.<sup>18</sup>

---

<sup>17</sup> Die von Johannes Rau 1992 eingesetzte Bildungskommission NRW arbeitete unter maßgeblicher Beteiligung der Bertelsmann Stiftung ihre Vorschläge zur Modernisierung des Bildungswesens aus.

<sup>18</sup> By the way: Die Vorsitzende des von der Bundesregierung eingesetzten *Digitalrates* heißt Katrin Suder, eine ehemalige Direktorin von McKinsey & Company. Als Staatssekretärin im Bundesverteidigungsministerium unter Leitung der heutigen EU-Kommissionsvorsitzenden Ursula von der Leyen war sie zuständig u. a. für die Abteilung Ausrüstung und Cyber|Informationstechnik. Wegen der dubiosen Beraterverträge des Bundesverteidigungsministeriums mit verschiedenen Unternehmen, u. a. mit McKinsey & Company, war Suder in die Kritik geraten und hatte in der Folge ihr Amt aufgegeben.

Strategie 4: Entwicklung und Durchführung von Rankingverfahren, um auf diese Weise die Diskussion um eine effektive Schul- und Hochschulbildung steuern zu können;

Strategie 5: Kampagnen zur Durchsetzung neuer Leitbilder für Schule und Hochschule („entfesselte Hochschule“; „autonome Schule“; „selbständige Schule“; neues Lehrerleitbild; „digitale Bildung“<sup>19</sup> etc.);

Strategie 6: Einrichtung von Stiftungsprofessuren an staatlichen Hochschulen, wodurch der direkte Einfluss von Unternehmen auf inhaltliche Angebote verstärkt wird<sup>20</sup>;

Strategie 7: Durchführung von empirischen „Bildungs“-vermessungsstudien zum Zwecke der Durchsetzung eines ökonomistischen Bildungsverständnisses und der Fremdsteuerung des Bildungswesens;

Strategie 8: Entwicklung eigener unternehmensinterner Lernsoftware und Unterrichtsmaterialien<sup>21</sup>, in denen Werbung für unternehmerisches Handeln und für die eigene Firma betrieben wird.

Die eigentlichen Bildungsplanungen entspringen also nicht der demokratischen Willensbildung, sondern Zielen, die jenseits der demokratischen Verfassung und der in ihrem Rahmen geschaffenen Institutionen festgelegt werden. Wir leben in einer fremdgesteuerten Demokratie, die vom Prinzip gesellschaftlicher Partizipation Lichtjahre entfernt ist. Das Parlament ist, wie Heydorn schon zur Hochzeit der studentischen Protestbewegung bemerkt, eine „leere Bühne“ (1998, S. 303). Der Parlamentarismus der repräsentativen Demokratie schafft einen pseudodemokratischen Raum vermeintlicher Diskurse, während die lebenswichtigen gesellschaftspolitischen Entscheidungen bereits an anderer Stelle getroffen wurden. Die neuen Akteure in der Bildungspolitik sind denn auch nicht mehr die gewählten politischen Parteien, sondern Lobbygruppen, Think Tanks und Stiftungen der Privatwirtschaft, die oft die Insignien der Gemeinnützigkeit tragen (wie die Bertelsmann Stiftung, das CHE oder der European

---

<sup>19</sup> Eine Formulierung, die durchaus das Niveau besitzt, als Unwort nominiert werden zu können!

<sup>20</sup> Schätzungen zufolge gibt es mittlerweile ca. 1000 Stiftungsprofessuren, u. a. von der Deutschen Bank, den Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerken (RWE), Lidl etc. (vgl. Holland-Letz, 2015).

<sup>21</sup> Zum Beispiel über die vom Allianz-Konzern auf den Weg gebrachte, als „gemeinnützig“ anerkannte Online-Plattform „My Finance Coach“, die Kinder und Jugendliche für Wirtschaft begeistern will (Allianz, Bertelsmann, McKinsey). Interessante Details zum Netzwerk dieser Organisation finden sich unter: My Finance Coach Stiftung <https://www.myfinancecoach.org/>.



Roundtable of Industrialists), aber über keinerlei demokratische Legitimation verfügen. Nicht über einen demokratischen Entscheidungsprozess, sondern über manipulative Strategien basteln diese neuen Akteure an der Hegemonie derjenigen Gesellschaftsklassen, denen sie verpflichtet sind. Die öffentlich-privaten Partnerschaften im Bildungssektor beispielsweise können wohl kaum als Ausdruck des Volkssouveräns gewertet werden, da das Prinzip der Gewinnmaximierung hier dem Interesse am Gemeinwohl der Gesellschaft entgegensteht und sie oftmals noch dazu der Geheimhaltung unterliegen.

Der Begriff für diese neue Qualität des bildungsökonomischen Zugriffs auf die Humanressourcen lautet Biopiraterie (vgl. zu den folgenden Ausführungen: Bernhard, 2010). Denn auch im Bereich der Bildung geht es nur noch um die wirtschaftliche Verwertbarkeit von Leben durch die permanente Inanspruchnahme des lernenden Menschen: des Kindes, das nicht Subjekt, sondern Selbstverwalter seines fremdbestimmten Handelns werden soll. Die Umwandlung von Humanressourcen in Humankapital soll in die Form einer lebenslänglich flexiblen Beschäftigungsfähigkeit münden. Die allseitige Verfügbarkeit über das gesamte Arbeitskraftpotenzial der Menschen, die permanente Anpassung des Menschen an die wechselnden Anforderungen einer neoliberalen, technologisch aufgerüsteten Gesellschaft: *lebenslängliche neoliberale Selbstoptimierung*. Es handelt sich um eine Biopiraterie der besonderen Form, um ein Eigentumsdelikt, insofern Bildung als Eigentum eines Gemeinwesens der demokratischen Gestaltung entzogen wird.

Schon in der neoliberalen Sprache zeigt sich nicht nur die Tendenz der Bornierung, sondern auch die der *Verrohung* an, die sich auf das Gebiet der Bildung niederschlagen wird bzw. bereits niedergeschlagen hat. In der Sprache der neoliberalen Bildungsplanungen kommt die nun vollständige Auflösung eines Bildungsverständnisses zum Ausdruck, eine Sprache, die insofern verräterisch ist, weil die in ihr verwendeten Wörter und Formulierungen unverhohlen auf den gesellschaftlichen Verwendungszweck von Bildung verweisen: Geistiger Rohstoff, Humanressourcen, Neugeborene als Wachstumspotential, Kinder als nachwachsende Ressource, Erhöhung des Humankapitalstocks, Bildung als Kennziffer etc. etc., eine

Wortwahl, die mit Heydorn der „Sprache der geistigen Deportation“ (1995/3, S. 286) zugeordnet werden muss.

Rückblickend auf mehrere Jahrzehnte neoliberaler Besetzung der Bildungspolitik können resümierend folgende Ziele der neoliberalen Bildungsreform identifiziert werden:

1. Ein Ziel besteht darin, neue Anlagemöglichkeiten für die ins Unermessliche steigenden Kapitalmassen zu schaffen, die durch Spekulationsgewinne und die gigantische Umverteilung von unten nach oben produziert werden. Das Kapital muss in Regionen vorstoßen, deren Zugang bislang durch staatliche Regulierungen versperrt war. Bildung gehört neben den Feldern der Gesundheitsversorgung, der Kommunikation, der Energie- und Wasserversorgung, der Sozialen Arbeit zu einer noch nicht durch Kapital vollständig okkupierten Region.
2. Ein weiteres Ziel liegt in der Aktivierung sämtlicher Humanressourcen, also auch der kulturell-ästhetischen, für die innovative Weiterentwicklung wirtschaftlicher und unternehmerischer Ideen. Hinter der Ideologie von der Gleichheit der Bildungschancen oder der Herstellung von Bildungsgerechtigkeit, die auch die großen Konzerne propagieren, verbirgt sich nichts anderes als der Gedanke der systematischen Vernutzung der Persönlichkeitspotenziale des Menschen für die Optimierung wirtschaftlich verwertbarer geistiger Prozesse.
3. Die Umwandlung von Humanressourcen in Humankapital soll in die Form einer lebenslanglich flexiblen Beschäftigungsfähigkeit (lebenslanges Lernen) münden, die allseitige Verfügbarkeit über das Arbeitskraftpotenzial der Menschen. Ziel ist die permanente Anpassung des Menschen an die wechselnden Anforderungen einer neoliberalen, technologisch aufgerüsteten Gesellschaft: lebenslangliche Selbstoptimierung.
4. Ein weiteres zentrales Ziel ist die Verbreitung und Verinnerlichung eines ökonomistisch-unternehmerisch verengten Denkens und Handelns der Gesamtgesellschaft. Darüber hinaus kann über den wachsenden Zugriff auf die Bildungsinstitutionen und Bildungsprozesse mittels Unterrichtsmaterialien die

zukünftige Bedürfnisstruktur der Konsumentinnen und Konsumenten nachhaltig geformt werden. Mit dem zunehmenden Einfluss auf die Steuerung und Gestaltung des Bildungswesens erhalten Wirtschaftsorganisationen damit ein Monopol auf die zukünftige Gestaltung gesellschaftlicher Gemeinwesen in ihrem Sinne.

Das Fazit der vorliegenden Analyse dürfte kaum überraschen. Wir haben es insgesamt mit einer systematischen Verletzung des Menschenrechts auf Bildung im Interesse global agierender Gesellschaftsklassen in einem entfesselten Kapitalismus zu tun. Wo in der neoliberalen Agenda inflationär von Bildung die Rede ist, geht es mitnichten um die Durchsetzung des Rechts auf Bildung, geht es mitnichten um die „volle Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit“, sondern um die Ausbeutbarkeit der Bildungsbarkeit des Menschen, seiner auf Ressourcen reduzierten Persönlichkeit für ökonomische Verwertungsinteressen. Die neoliberale Bildungsindustrie hat den Begriff der Bildung aufgekündigt. Ohne ihn aber lassen sich weder das Menschenrecht auf Bildung noch die Menschenrechtsbildung, erst recht nicht die Perspektiven individueller und kollektiver Mündigkeit begründen, auf deren Realisierung wir aus Gründen des menschheitlichen Überlebens dringend angewiesen wären.

#### Literatur:

Adorno, Theodor W. (1951). *Minima Moralia. Reflexionen aus dem beschädigten Leben*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Bernays, Edward (2017). *Propaganda. Die Kunst der Public Relations [1928]*. Berlin: orange-press.

Bernhard, Armin (2010). *Biopiraterie in der Bildung. Einsprüche gegen die vorherrschende Bildungspolitik*. Hannover: Offizin.

Borst, Eva (2009). *Kritische Bildungstheorie und die kulturelle Evolution als Paradigma der Gegenaufklärung im Neoliberalismus*. In S. Kluge, G. Steffens & A. Weiß (Red.), *Jahrbuch für Pädagogik 2009: Entdemokratisierung und Gegenaufklärung*, (S. 61-78). Frankfurt/Main: Peter Lang.

Bourdieu, Pierre (1998). *Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion*. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.

Butterwegge, Christoph (2018). Die soziale Spaltung und der Erfolg des Rechtspopulismus. In C. Butterwegge, G. Hentges & B. Lösch (Hrsg.), Auf dem Weg in eine andere Republik? Neoliberalismus, Standortnationalismus und Rechtspopulismus. Weinheim/München: Beltz/Juventa.

Dammer, Karlheinz (2015). Vermessene Bildungsforschung. Wissenschaftsgeschichtliche Hintergründe zu einem neoliberalen Herrschaftsinstrument. Baltmannsweiler: Schneider.

Flitner, Elisabeth (2006). Pädagogische Wertschöpfung. Zur Rationalisierung von Schulsystemen durch public-private-partnerships am Beispiel von PISA. In J. Oelkers (Hrsg.), Rationalisierung und Bildung bei Max Weber (S. 245-266). Bad Heilbrunn: Klinkhardt.

Heydorn, Heinz-Joachim (1995). Bildungstheoretische und pädagogische Schriften Band 3. Über den Widerspruch von Bildung und Herrschaft. Vaduz: Topos.

Heydorn, Heinz-Joachim (1998). Politische Schriften 1946-1974. Vaduz: Topos

Kamm, Ruth (2014). Hochschulreformen in Deutschland. Hochschulen zwischen staatlicher Steuerung und Wettbewerb. Bamberg: University of Bamberg Press.

Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2000). Memorandum über lebenslanges Lernen. Brüssel o. V.

Krautz, Jochen (2009). Bildung als Anpassung? Das Kompetenz-Konzept im Kontext einer ökonomisierten Bildung. Publikation der Internationalen Erich-Fromm-Gesellschaft, o. O.

Krautz, Jochen (2018). Neoliberale Bildungsreformen als Herrschaftsinstrument. In U. Mies & J. Wernicke (Hrsg.): Fassadendemokratie und tiefer Staat. Auf dem Weg in ein autoritäres Zeitalter (S. 79-94). Wien: Promedia (2. Auflage).

Kulturkommission des Europarates (1966). Wirtschaftswachstum und Bildungspolitik. Wien: Europa-Verlag.

Kunert, Simon./Rühle, Manuel (Red.) (2018). Bildungsindustrie. Schneider: Baltmannsweiler.

Kultusministerkonferenz (2018). Menschenrechtsbildung in der Schule [Beschluss der KMK]. Zugriff am 14. 12. 2019 unter [https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/PresseUndAktuelles/2018/Beschluss\\_Menschenrechtserziehung.pdf](https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/PresseUndAktuelles/2018/Beschluss_Menschenrechtserziehung.pdf)

Luxemburg, Rosa (1990). Gesammelte Werke Band 5. Ökonomische Schriften. Berlin: Dietz.

Marx, Karl (1983). Das Kapital. Zur Kritik der politische Ökonomie Band 1. MEW 23. Berlin: Dietz.

Mertens, Peter (2013). Wie können sie es wagen? Der Euro, die Krise und der große Raubzug. Mainz: VAT-Verlag.

Morrisson, Christian (1996): The Political Feasibility of Adjustment. OECD-Policy Nr. 13.

Münch, Richard (2018). Der bildungsindustrielle Komplex. Schule und Unterricht im Wettbewerbsstaat. Weinheim/Basel: Beltz Juventa.

My Finance Coach Stiftung. Spitzenanbieter für ökonomische & digitale Bildung in der Schulwelt [My Finance Coach Hauptseite.]. Zugriff am 02. 11. 2018 unter <https://www.myfinancecoach.org/>

Pearson (Hrsg.) (2012). The Learning Curve. Lessons in Country Performance in Education. o. O.

Polanyi, Karl (1978). The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Roth, Jürgen (2014). Der stille Putsch. München: Random House.

Rüb, Friedbert W./Karen Alnor & Florian Spohr (2009). Die Kunst des Reformierens. Konzeptionelle Überlegungen zu einer erfolgreichen Regierungsstrategie. Gütersloh (Hrsg.: Bertelsmann Stiftung).

Stapelfeldt, Gerhard (2010). Neoliberalismus – Autoritarismus – Strukturelle Gewalt. Aufsätze und Vorträge zur Kritik der ökonomischen Rationalität. Hamburg: Kovač